

Im Zweifel gegen den Angeklagten

In keinem Land der Welt gibt es so viele Hinrichtungen wie in China. Viele »Geständnisse« werden dabei mit Gewalt erpresst.
Von Eva Corell

She Xianglin war Wachmann in einem kleinen Dorf in der Provinz Hubei, als sein Leben über Nacht in Trümmer fiel. Seine Frau verschwand nach vielen Streitigkeiten, ließ ihn und die einjährige Tochter ohne ein Abschiedswort zurück. Eines Nachts im September 1994 klopfte es an der Tür. Der damals 27-jährige She ahnte nicht, dass ihn sein Todesurteil erwartete. »Mitkommen!« Draußen standen die Dorfpolizisten. Sie hatten eine Frauenleiche gefunden und waren davon überzeugt, dass es sich dabei um Shes Ehefrau

She für schuldig, milderte das Strafmaß lediglich auf 15 Jahre Gefängnis. Seine Unschuld wäre vermutlich nie ans Licht gekommen, wäre nicht das vermeintliche Mordopfer wieder aufgetaucht. Im April 2005 kehrte Shes Frau plötzlich ins Dorf zurück: geistig verwirrt und schon lange anderswo neu verheiratet.

She Xianglin wurde freigelassen, erstritt sogar die höchste Entschädigung, die je in einem solchen Fall gezahlt wurde: umgerechnet 45.000 Euro für elf Jahre Haft. Das Erstaunlichste aber war, dass die örtliche Presse über diesen Fall berichten durfte. Sogar im chinesischen Fernsehen war das Justizopfer zu Gast, in einer Talkshow des Hongkonger Privatsenders Phönix, in China über Kabel zu empfangen. Bis dahin galten Folter und Fehlurteile als absolutes Tabu. Jetzt entbrannte eine öffentliche Debatte. »Der Fall She Xi-

Liu Renwen, Professor am Rechtsinstitut der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, schätzt die Zahl der in China verhängten Todesurteile auf 8.000 pro Jahr.

handele. Für die örtlichen Polizisten stand She Xianglins Schuld von Anfang an fest. Sie wollten den Fall so schnell wie möglich abschließen, obwohl er die Tat bestritt und keinerlei Indizien für ihn als Täter sprachen. Mit allen Mitteln versuchten die Beamten, ein Geständnis aus ihm herauszupressen. »Sie schlugen mich überallhin, auf den Kopf, die Arme, die Beine«, erinnert sich She Xianglin. »Zehn Tage und Nächte lang zwangen sie mich, zu stehen, so lange, bis ich keine Kraft mehr hatte. Es war körperliche und mentale Folter.«

Geständnisse durch Folter zu erpressen, ist in China traurige Normalität. Das kritisierte auch der UNO-Berichterstatte für Folter, Manfred Nowak, nachdem er im März 2006 zum ersten Mal nach China reisen durfte. Viele Häftlinge offenbarten ihm, wie grausam sie in Chinas Folterkellern gequält wurden: mit Fäusten, Knüppeln und Elektrostöcken geschlagen, mit Zigaretten verbrannt, sowie in Eimern mit Wasser oder Fäkalien untergetaucht. Die Insassen von Todeszellen blieben rund um die Uhr angekettet oder mit Handschellen gefesselt.

Kein Wunder, dass She Xianglin das Papier unterschrieb, das ihm seine Folterer unter die Nase hielten. Es nützte ihm auch nichts, dass er kurz darauf das vermeintliche Geständnis widerrief. Der Wachmann wurde wegen Mordes an seiner Ehefrau zum Tode verurteilt. Ein eklatantes Fehlurteil, an dem selbst die nächsthöhere Gerichts-Instanz zweifelte. Doch in China gilt: im Zweifel gegen den Angeklagten. Trotz Mangel an Beweisen befand auch das Berufungsgericht in Hubei

Xianglin offenbarte deutliche Mängel im chinesischen Strafrecht«, meint Shes Rechtsanwalt Zhou Feng. »Er beschleunigte die Diskussion über eine überfällige Justizreform. Es war ja klar, dass die Polizei das Geständnis mit Gewalt erpresst hatte.«

Wie viele Todesurteile Chinas Richter verhängen, ist bis heute Staatsgeheimnis. Als ein Abgeordneter aus Chongqing im März 2004 im Interview mit der Peking Jugendzeitung die exzessive Anwendung der Todesstrafe beklagte und von mehr als 10.000 Hinrichtungen im Jahr sprach, musste er kurz darauf öffentlich dementieren: Er habe diese Zahl nur geschätzt.

Tatsächlich bekommen auch chinesische Rechtsprofessoren keinen Einblick in die Statistiken der obersten Sicherheitsbehörden, wenn es um die Höchststrafe geht. Liu Renwen, Professor am Rechtsinstitut der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, schätzt die Zahl der in China verhängten Todesurteile auf 8.000 pro Jahr. Liu hat dies schlicht hochgerechnet: von den ihm bekannten Urteilen in der Provinz Hebei, wo er als junger Richter seine Karriere begann, auf die insgesamt 31 Provinzen des Landes. Keine sehr wissenschaftliche Arbeitsweise, aber so wie er sind viele seiner Kollegen auf Informationen aus dem Ausland angewiesen.

Das hat ihn auch zu einem erklärten Gegner der Todesstrafe gemacht. »Früher war ich stark beeinflusst von der traditionellen chinesischen Denkweise: dass ein Mörder für seine Tat mit dem Leben bezahlen muss. Erst durch den Aus-

tausch mit europäischen Kollegen habe ich begriffen, dass unsere Gesellschaft keine Todesurteile braucht, um Gerechtigkeit zu üben. So gehöre ich nun zu einer kleinen Minderheit von Chinesen, die die Abschaffung der Todesstrafe fordern.«

Die meisten chinesischen Rechtsexperten kritisieren hingegen nur, dass für übermäßig viele Delikte, insgesamt 68, die Höchststrafe verhängt werden kann. Nach chinesischem Recht steht nicht nur auf Mord und Vergewaltigung die Todesstrafe, sondern auch auf Drogenhandel, Schmuggel, Korruption und sogar Steuerbetrug. Jede Unterschlagung von mehr als 500.000 Yuan (etwa 50.000 Euro) kann laut Gesetz mit dem Tode bestraft werden. In der Praxis, so sagen einheimische Anwälte, wird sie jedoch erst ab Schadenssummen über zwei Millionen Yuan (etwa 200.000 Euro) vollstreckt.

Im Zweifel jedoch schert sich die Regierung nicht um geltendes Recht. So wurden im April dieses Jahres zwei Chinesen vom Obersten Provinzgericht in Sichuan wegen Öldiebstahls verurteilt und hingerichtet. Die beiden Männer, Ding Hanqin und Luo Xingguo, hatten eine neu gebaute Pipeline angezapft. Beim Abfüllen des Öls riss die Pipeline, Ölfontänen verschmutzten einen Fluss und unterbrachen den Bahnverkehr auf der daneben verlaufenden Strecke.

Die Angst um Chinas Energieversorgung lässt die kommunistischen Behörden offenbar zu immer drastischeren Mitteln greifen: Den beiden Tätern wurde nicht Diebstahl angelastet, was maximal zehn Jahre Haft bedeutet hätte, sondern die »Zerstörung von leicht entzündbaren und hochexplosiven Anlagen«.

Dass davon kein Wort im Gesetz steht, kümmerte die Richter nicht. »Öl und Gas sind die Grundlagen unserer modernen Wirtschaft«, soufflierte Ma Weiya vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit. »Wer Öl stiehlt, verursacht nicht nur beträchtlichen wirtschaftlichen Schaden, sondern bedroht die öffentliche Sicherheit.« Der Oberste Gerichtshof sei gerade dabei, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um das Delikt zur Todesstrafen-Liste hinzuzufügen. Nachträglich, versteht sich.

Das dürfte die Zahl der Todesurteile weiter in die Höhe treiben. Erste Reformversuche sind ins Stocken geraten, weil sich dagegen Widerstand in den Provinzen regt. Auch wegen der internationalen Kritik an Chinas exzessiver Anwendung der Todesstrafe hatte der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Xiao Yang, im Herbst 2005 eine Reform angekündigt, wonach künftig alle Todesurteile wieder von der höchsten Instanz überprüft werden sollen. Das könnte deren Zahl um

**Letzte Mahlzeit von Timothy McVeigh, Oklahoma City Bomber:
Minteis mit Chocolate Chips. Hingerichtet am 11. Juni 2001 in Indiana.**





**Letzte Mahlzeit von Stacey Lawton: Gewürzgurken.
Hingerichtet am 14. November 2000 in Texas.**

etwa ein Drittel senken, schätzen Experten. Derzeit hat Peking nur in Fällen, die schwere Korruption und die Staatssicherheit betreffen, das letzte Wort, die meisten Todesurteile werden von Provinzgerichten gefällt und auch bestätigt. Das ermutigt eine lokale Willkürjustiz, die Todesstrafen wie am Fließband verhängt.

Die Aufdeckung von zahlreichen Fehlurteilen wie im Fall She Xianglin hat die öffentliche Kritik neu belebt. So müssen seit Juli 2006 die Einsprüche gegen Todesurteile in offenen Verfahren verhandelt werden. Die Anwälte der Beklagten haben nun das Recht, persönlich ihre Argumente vorzubringen, nicht mehr nur schriftlich. Außerdem sollen solche Prozesse und alle Verhöre der Angeklagten auf Video aufgezeichnet werden. Im Vorgriff auf die geplante Justizreform wurden beim Obersten Volksgericht drei neue Kammern geschaffen und 30 Richter für die zusätzlichen Berufungsverfahren geschult. Bisher aber finden dort nur Anhörungen statt, endgültig entschieden über Einsprüche wird noch nicht.

Gegen die Reform gibt es Widerstände in Chinas Provinzen, die ihre Machtbefugnis nicht abgeben wollen. Bei der

diesjährigen Parlamentssitzung im März war von einer Neuordnung des Berufungsrechts plötzlich nicht mehr die Rede. Man werde »in naher Zukunft« darüber entscheiden, hieß es nun. In einem Punkt jedoch bleibt Peking fest: Eine Abschaffung der Todesstrafe ist nicht geplant. Dafür seien »die Bedingungen noch nicht reif«, erklärte der Sprecher des Obersten Gerichts, Sun Huapu, auf Nachfrage.

Für Justizopfer She Xianglin kommt jede Reform zu spät. Seine Familie ist zerstört, die Mutter an den Folgen der Folter durch die Verhöre der Dorfpolizei gestorben. Im Gefängnis habe er oft an Selbstmord gedacht, gesteht She. Doch heute, ein Jahr nach seiner Freilassung, denke er nicht mehr an Rache. Wichtig sei ihm nur noch die Zukunft seiner inzwischen 13-jährigen Tochter.

Immerhin: She lebt. Der Bauer Nie Shubin hatte weniger Glück. Zwei Stunden dauerte sein Prozess im April 1995, die Hinrichtung folgte nur wenig später, für eine Vergewaltigung, die er nicht begangen hatte. Der wahre Täter gestand zehn Jahre später.

Die Autorin ist Journalistin und lebt in Peking.